

Die Bilanz von Gaddafis Besuch in Italien (gekürzte Version eines Textes von Fulvio Vassallo Paleologo)

Gaddafis gesamter Besuch in Italien stand unter dem Zeichen des Besuches eines typischen Diktators. Er badete sich in den eigens für den Gast organisierten Menschenmassen, aber schlussendlich lief nichts wirklich so, wie es sich die italienische Regierung ausgemalt hatte. Trotz des heftigen Polizeiaufgebotes kam es immer wieder zu Demonstrationen und Pfeifkonzerten, doch Gaddafi ließ sich auf keinerlei Konfrontation ein und beantwortete keine einzige kritische Frage. Dieser undemokratischen Gesinnung folgte auch Frati, Rektor der Universität von Sassari, der dem Diktator das Recht zu einer Ansprache gewährte, während er einer jungen Studentin, die kritische Fragen bezüglich der Menschenrechtslage in Libyen stellen wollte, keinen Raum dafür gab. Mit Schlagstöcken machte die Polizei klar, dass dieser „historische Moment“ nicht von jenen StudentInnen gestört werden durfte, welche ihrem Unmut Luft machten.

Gaddafis Besuch ging ohne wirkliche Zukunftspläne für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Italien und Libyen zu Ende. Während die italienische Regierung wirtschaftliche Belange über den Schutz von Menschenrechten stellt, begibt sie sich durch diese Kollaboration international in Isolation und macht sich völlig von den Stimmungsschwankungen, sowie den Öl- und Gaslieferungen eines Diktators abhängig.

Gaddafis Besuch führte für führende italienische PolitikerInnen, wie dem Initiator des „Freundschaftspaktes“, Giuliano Amato, oder den Staatspräsidenten Giorgio Napolitano zu peinlichen Situationen, als der Diktator die wichtigen Treffen platzen ließ, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, dann aber sehr gesund beim Abendessen in einem römischen Restaurant gesehen wurde. Innenminister Fini zog aus einer unentschuldigten Verspätung Gaddafis schließlich die Konsequenz und sagte das Meeting kurzerhand ab.

Die mediale Aufruhr rund um den Besuch Gaddafis stellte die x-te internationale Verurteilung der italienischen Kooperation mit einem totalitären Staat völlig in den Schatten. Kritik kam unter anderem von der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) und der UNHCR, deren Reporte über die beunruhigende Menschenrechtslage in Libyen vom Vorsitzenden des Immigrationsministeriums, Giuseppe Silveri, als „falsch“ abgetan wurden. Laut diesem Bericht ziehen auch italienische Firmen, die in Libyen operieren und in Zukunft vermehrt operieren wollen, Vorteile aus der sklavenähnlichen Ausbeutung von illegalen MigrantInnen.

Nach der Kritik der ILO verzichtete Silveri auf eine bereits angekündigte Rede bei der jährlichen Konferenz und brachte damit zum Ausdruck, dass er keineswegs dazu bereit ist, Punkt 143 der ILO-Konvention einzuhalten, der Schutz für die Opfer von Menschenhandel vorsieht. Dieser „Schutz“ existiert in Libyen definitiv nicht. Im Gegenteil: trotz häufiger Besuche internationaler Flüchtlingsorganisationen hält man bis heute an der Praxis der Internierungslager für MigrantInnen und an deren Deportation in die Wüsten fest. In Libyen existieren keinerlei Rechte oder Schutzmöglichkeiten für AsylwerberInnen, unbegleitete Minderjährige oder Frauen. Es lässt sich schon jetzt von einem „schwarzen Jahr für die Menschenrechte“ von Flüchtlingen sprechen, denn ein Großteil der durch Libyen kommenden MigrantInnen, die dort blockiert und entrechtet werden, sind potenzielle AsylwerberInnen.

Zusammenfassend gibt es zwei Optionen für die sogenannte „historische“ Wende, die durch die Kooperation mit Libyen im Bezug auf Migration und Flucht erreicht werden könnten:

Einerseits könnte Gaddafi schon sehr bald entdecken, dass sich die versprochenen wirtschaftlichen und politischen Vorteile der Partnerschaft nicht erfüllen und dass das versprochene Geld nicht ausgezahlt werden kann. Dann würde er mit großer Wahrscheinlichkeit die europäischen Militäreinheiten auf

seinem Hoheitsgebiet auf hoher See, welche die Massenabschiebungen durchführen, nicht mehr länger dulden und die Migrationskanäle wieder öffnen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich schon bald neue Migrationsrouten entwickeln werden – natürlich ermöglicht durch die Kooperation zwischen den Schlepperbanden und der libyschen Polizei, die, wie bis vor kurzem, unter dem stillschweigenden Einverständnis Gaddafis weiterarbeiten werden.

Andererseits würde ein Ernstnehmen Libyens gegenüber den neuen Plänen bedeuten, dass sich die Lage von MigrantInnen weiterhin drastisch verschlechtern würde. Die Menschenrechte in einem Land, das seine Rolle als „Gendarm“ der europäischen Außengrenzen tatsächlich ernst nimmt, bedeutet eine ernsthafte Gefahr für die Wahrung der Menschenrechte, und weitere repressive und gewalttätige Methoden im „Kampf“ gegen die illegale Migration wären dann zu erwarten.

(Zusammenfassung und Übersetzung aus dem Italienischen: Annika Lems)